

Hinweise

Nachtarbeiten an der Axenstrasse

A4 Von Dienstag, 23., bis Freitag, 26. April, werden jeweils zwischen 20 und 5 Uhr Belagsarbeiten an der Axenstrasse zwischen dem Franziskustunnel und Wolfspung ausgeführt. Der Verkehr wird wechselseitig geführt und manuell geregelt. Die Arbeiten sind witterungsabhängig. Zur selben Zeit wird der Flüelertunnel für Unterhaltsarbeiten gesperrt, der Verkehr über das Dorf Flüelen umgeleitet. Das Amt für Betrieb Nationalstrassen dankt für das Verständnis. (pd/eca)

Orientierung über Touren für Senioren U50

Seedorf Pro Senectute Uri lädt am kommenden Mittwoch, 24. April, 14 Uhr, alle Seniorinnen und Senioren ab 50 Jahren zu einer Orientierung über die Tourenfähigkeit Velofahren und Elektro-Velofahren im Vereinshaus des RMV Seedorf ein. (pd/eca)

Urner Zeitung

Verleger: Peter Wanner.
Leiter Publizistik: Pascal Hollenstein (pho).
Ombudsmann: Rudolf Mayr von Baldegg, rmayr@baldegg.ch
Geschäftsführer: Jürg Weber und Dietrich Berg.
Werbemarkt: Stefan Bai und Paolo Plaza.
Lesermarkt: Bettina Schill und Christine Böhli.
Adresse: Malhofstrasse 7, Luzern, Telefon 041 429 52 52.
Redaktion Urner Zeitung: Redaktionsleiter: Florian Arnold (fla), Bruno Amhof (brn), Carmen Egg (cec), Philipp Zurfluh (oz), Markus Zwissig (MZ), Urs Hanhart (urh).
Chefredaktion: Chefredaktor: Jérôme Martina (jem), Stv. Chefredaktion: Roman Schenkel (rom, Leiter überregionale Ressorts), Christian Peter Meier (cpm, Leiter Regionale Ressorts), Hilaria Volkoch (hvl, Leiterin Online).
Redaktionsleitung: Cyril Araggar (ca, Leiter Sport); Robert Bachmann (bac, Leiter Redaktionsentwicklung Digital); Sven Gallmei (sg, Leiter Gestaltung); Lukas Nussbaumer (lun, stv. Leiter Regionalressort); Sarah Risse (sra, Leiter Zentralschweiz am Sonntag); Arno Renggli (are, Leiter Gesellschaft und Kultur); Harry Ziegler (haz, Chefredaktor Zuger Zeitung).
Redaktion: Hans Graber (hag, Leiter); Regina Gräter (reg, Agence/Info); Lena Heim (leh, Foto/Red); Robert Knoch (rk, Stadt/Region); René Lugin (luj, Sport/Info); Marlene Mönig (mm, Wirtschaft); Alexander von Däniken (avd, Kanton); Dominik Weingartner (dw, Ausland).
Adresse: Höllgasse 3, 6400 Altdorf.

Vorlage soll Wirtschaft stärken

Abstimmung Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung wird momentan schweizweit diskutiert. An einem Informationsanlass wurde nun erläutert, wie die Umsetzung im Kanton Uri aussehen soll.

Urs Hanhart
urs.hanhart@urnerzeitung.ch

Der Verband Wirtschaft Uri führte am Mittwoch bei der Ruch Metallbau AG Altdorf eine Informationsveranstaltung durch. Im Zentrum stand dabei das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (Staf), über das am Sonntag, 19. März, abgestimmt wird.

Gastgeber Andreas Ruch nutzte in seiner Begrüssung die Gelegenheit, für die Vorlage kräftig die Werbetrommel zu rühren. Die Steuergesetzgebung widerspreche den internationalen Standards, weshalb man früher oder später um eine Anpassung nicht herum komme. Auch die AHV-Finanzierung müsse angepasst werden – «und zwar dringend. Wir Unternehmer und auch die Wirtschaft stehen klar hinter dieser Vorlage», betonte Ruch. Die Wirtschaft brauche Rechtssicherheit und Stabilität. Mit der vorliegenden Reform werde dies erfüllt.

Unternehmer wollen nicht nochmal drei Jahre warten

Die Abstimmung sei nicht nur für Grosskonzerne von zentraler Bedeutung, sondern auch für die KMU. «Der Umstand, dass die beiden Themen Steuern und AHV miteinander vermischt sind, ist zwar etwas unschön», räumte Ruch ein. «Aber wir können damit leben.» Die Unternehmer und die Wirtschaft wollen jetzt Lösungen sowie Resultate und nicht nochmals drei Jahre warten, bis das Problem AHV-Finanzierung wieder angepackt würde. Insgesamt handle es sich um ausgewogene Vorlage, hinter der die Wirtschaft stehen könne.

Christian Frey, stellvertretender Leiter Finanzen und Steuern beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, erläuterte den Inhalt der Staf. Er bezeichnete die Reform der Unternehmensbesteuerung bei gleichzeitiger Stärkung der Finanzierung der AHV als ausgewogenen Kompromiss. Eine alternative mehrheitsfähige Lösung sei sonst nicht vorhanden. Deshalb stehe Economiesuisse hinter der Vorlage, zumal die Zeit dränge.



Finanzdirektor Urs Janett orientierte an der Informationsveranstaltung über die Umsetzung des Staf auf Kantonebene. Bild: Urs Hanhart (Altdorf, 17. April 2019)

«Dadurch werden langfristig Arbeitsplätze gesichert.»

Urs Janett
Finanzdirektor

Der Urner FDP-Finanzdirektor Urs Janett orientierte in seinem Referat über die Umsetzung der Vorlage auf kantonalen Ebene. Der Bund stellt den Ständen verschiedene Werkzeuge zur Verfügung, wobei ein Teil obligatorisch und der andere Teil fakultativ ist. Der Prozess in Uri ist an den Bundesprozess angeknüpft.

Für Firmenzuzüge attraktiv bleiben

Am 22. Mai, also nur drei Tage nach der Abstimmung über die Staf, soll die Vorlage im Urner Landrat behandelt werden. Im

Herbst soll dann in Uri die Volksabstimmung durchgeführt werden. Das Ziel sei, dass sowohl die Bundes- als auch die Kantonalvorlage am 1. Januar 2020 in Kraft treten, erklärte Janett. Dabei sei «extrem wichtig, dass wir eine Vorlage präsentieren, welche die Urner Wirtschaft stärkt und unseren Kanton auch für Zuzüge attraktiv bleiben lässt». Der Fokus in der Botschaft des Regierungsrates liege auf tiefen Steuersätzen und einfachen Steuerkonditionen. «Das ist gegen aussen viel einfacher zu kommunizieren», so Janett weiter.

Die Stossrichtung des Regierungsrates in der Vernehmlassung sei grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Konkret soll der Gewinnsteuersatz auf 12,6 Prozent gesenkt werden. Damit ist man im Vergleich mit den Zentralschweizer Kantonen durchaus bei den Leuten. «Alle 1100 im Kanton Uri angesiedelten Firmen profitieren von dieser Gewinnsteuersenkung. Dadurch werden langfristig Arbeitsplätze gesichert», führte der Finanzdirektor dazu aus.

Keine falschen Anreize setzen

Für den grössten Diskussionsstoff sorgte gemäss Janett die Dividendenbesteuerung. Der Bund schreibt vor, dass mindestens 50 Prozent der Dividende belastet werden müssen. Mit 40 Prozent liegt der Wert in Uri momentan zu tief und muss angepasst werden. Der Regierungsrat will diesen Wert auf 60 Prozent anheben. «Wir wollen keine falschen Anreize setzen mit einer zu tiefen Dividendenbesteuerung», erklärte Janett. Es dürfe für einen Unternehmer keinen Unterschied machen, ob er das Geld via Lohn oder via Dividende aus der Firma nimmt. Zudem werde Uri durch eine zu tiefe Dividendenbesteuerung beim Nationalen Finanzausgleich (NFA) doppelt bestraft, was es zu verhindern gelte. Insgesamt sei die Vorlage ein Kompromiss, bei dem jeder etwas über seinen Schatten springen müsse, so der Finanzdirektor.

Der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli erläuterte den rund 20 Interessierten an der Informationsveranstaltung von Wirtschaft Uri, wie das doch etwas komisch anmutende Konstrukt aus Steuer- und AHV-Vorlage in Bundesbern zustande gekommen war. «Das war von den schlechten Lösungen noch die beste. Aber so ein Kuhhandel sollte keine Schule machen», betonte er.

Zur kantonalen Vorlage sagte Dittli, dass deren Stossrichtung «grundsätzlich richtig» sei, die Vorlage aber «verschiedene Angriffsflächen» biete. «Es dürfte schwierig werden, das Gesetz durchzubringen», hielt der FDP-Ständerat fest.

Urner Asichtä

Eine verhältnismässige Wurst

Im November gedachte die Schweiz des Landesstreiks von 1918. Kurz vor dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich die soziale Situation zugepoint. Viele ärmere Menschen litten Hunger, und es gab noch keinen Erwerbssatz für die Soldaten an der Grenze. Mitte November vor hundert Jahren legten deshalb eine Viertelmillion Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schweizweit die Arbeit nieder. Nach drei Tagen wurde der Streik abgebrochen, weil ein Militäreinsatz drohte. Dennoch wurden in den Jahren nach dem Krieg einige Forderungen der Streikenden erfüllt. So wurde beispielsweise 1920 die 48-Stunden-Woche eingeführt. Andere Forderungen –

zum Beispiel nach Einführung der AHV oder des Frauenstimmrechts – brauchten etwas länger.

Eine Forderung wurde bereits im Herbst 1919 umgesetzt, und zwar diejenige nach der «sofortigen Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem». Bereits im Oktober 1918 hatten die Stimmbürger dem Übergang zum Verhältniswahlrecht zugestimmt. Der Landesstreik hatte dem Anliegen zusätzliche Dringlichkeit verschafft. Die Forderung hatte zwar auf den ersten Blick wenig mit der Lebensmittellieferung und der Lage der Arbeiter zu tun, stand aber nicht umsonst an erster Stelle: Das Majorzsystem garantierte dem staatstragenden

Freisinn die absolute Mehrheit in Bundesbern. Das hatte wenig mit der Verteilung der politischen Ansichten in der Bevölkerung zu tun, und viel mit Machterhalt. Die Katholisch-Konservativen hatten ebenso wie die Sozialdemokraten auf politischer Ebene kaum etwas zu sagen. Bereits mehrfach waren deshalb Anläufe unternommen worden, den Proporz einzuführen. Für die Abstimmung von 1910 hatte das Pro-Komitee ein eindrückliches Plakat entworfen: Unter dem Titel «Majorz» verschlingt ein Mann in Frack und Zylinder allein eine grosse Wurst, die Vertreter des Volkes unten am Tisch schauen zu. Beim Proporz hingegen verteilt Mutter Helvetia die Wurst an die

Männer aus dem Volk. Ausser der Landesmutter sassen damals noch keine Frauen am Tisch, doch immerhin kriegen nun alle Schichten ein Stück von der Wurst.

1917 hatte die FDP nicht einmal mehr 40 Prozent der Stimmen erhalten, dennoch besetzte sie dank des Majorzsystems die Mehrheit der Sitze im Nationalrat. Nicht überraschend führte die Einführung des Verhältniswahlrechts 1919 zu einschneidenden Veränderungen. Die Sozialdemokraten konnten ihre Sitzzahl fast verdoppeln, während die Freisinnigen ihre absolute Mehrheit verloren. Auch die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei

(heute SVP) gewann zahlreiche Mandate. Obwohl der Freisinn als Ganzes das neue Wahlsystem ablehnte, hatten bereits früher einzelne liberale Exponenten die Einführung des Proporzsystems unterstützt. Der Majorz sei «konservativ bis auf die Knochen», meinte der freisinnige Baslerbieter Nationalrat Gustav Seiler bei der Beratung der Vorlage im Parlament.

Das Proporzwahlrecht wurde seither weiter verfeinert, um das Verhältnis der abgegebenen Stimmen möglichst genau in Sitze für die einzelnen Parteien und Gruppierungen umzumünzen. Ziel ist, dass möglichst wenig Stimmen im Papierkorb landen. Diese Forderung ist

auch heute noch aktuell. Zwar haben sich in diesen Tagen im Kanton Uri CVP und FDP zusammengetan, um das Majorzsystem auszuweiten. Doch auch heute verlangen alle Parteien und Bevölkerungsteile ihr faires Stück von der Wurst: «Heil dir Helvetia, Bratwurst und Servela, cha me bim Metzger ha, wohlfeil und gut.» Beim Metzger – oder an der Urne.



Rebekka Wylter, SP-Gemeinderätin Erstfeld